

Stellungnahme und Hintergrundinformation zur Absage der Nakba-Ausstellung der VHS Düsseldorf am 24.3.2011 von Ingrid Rumpf

Als Verantwortliche für Inhalt und Konzeption der Wanderausstellung „Die Nakba – Flucht und Vertreibung der Palästinenser 1948“ möchte ich aus Anlass des Abbruchs der Ausstellung in der VHS in Düsseldorf folgenden ergänzenden Hinweise zu der Ausstellung geben.

Die von mir als Vorsitzender für den Verein „Flüchtlingskinder im Libanon e.V.“ erstellte und von der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit des Landes Baden-Württemberg und dem Evangelischen Entwicklungsdienst geförderte Ausstellung ist seit April 2008 über lange Zeit ohne wesentliche Einwände in 64 Orten (Volkshochschulen, Universitäten, Kirchengemeinden, Gewerkschaftshäusern u. a. renommierten Ausstellungsräumen) in Deutschland zu sehen gewesen. Die Ausstellung wurde von Tausenden von Besuchern gesehen und ist auf ein gewaltiges Interesse gestoßen. Das zeigt sich auch darin, dass bis heute mehr als 7000 Ausstellungskataloge verkauft werden konnten. Seit Ende April letzten Jahres erfährt die Ausstellung allerdings massiven Widerspruch, der nicht etwa auf eine nachhaltige, gewünschte Diskussion über das Thema gerichtet ist, sondern deren Verhinderung zum Ziel hat. Dies bestätigt erst recht die Notwendigkeit der Nakba-Ausstellung, wie sie in unserer Motivation für die Erstellung der Ausstellung zum Ausdruck kommt und in dem beigefügten Ausstellungskatalog und auf unserer Website (<http://lib-hilfe.de/lib-ausstellung.html>) für jedermann nachlesbar ist.

Hier der wesentliche Teil unserer Motivation:

In Israel werden die Ereignisse um 1948, die mit der Ausrufung des israelischen Staates verbunden waren, als Wiedergeburt nach zweitausendjährigem Exil und nach Jahrhunderte langer Verfolgung gefeiert. Den überwiegenden Teil der Palästinenser haben diese Ereignisse dagegen zu einem Volk von Flüchtlingen gemacht, die sich ihrer Heimat und ihres Besitzes beraubt sehen, ohne Aussicht auf nationale Selbstbestimmung, geschweige denn auf Entschädigung oder gar Rückkehr. Die aus der Ermordung von Millionen Juden im Nationalsozialismus erwachsene deutsche Schuld hat dazu geführt, dass Gesellschaft, Politik und Medien ganz überwiegend das israelische Verständnis dieses Zeitabschnitts verinnerlicht haben. Dadurch wurde der Blick auf das Leid des palästinensischen Volkes verstellt. Die Thematisierung der Flucht und Vertreibung dieser Menschen, erst recht ihrer Forderungen nach Rückkehr und Entschädigung, gilt bis heute vielfach als Tabubruch. Wir sind aber überzeugt, dass ohne die Kenntnis und ohne eine gebührende Anerkennung dieser Seite des Konflikts Aussöhnung, Ge-

Anschrift :: Flüchtlingskinder im Libanon e.V. :: Birnenweg 2 :: 72793 Pfullingen :: Tel +49 7121 78556

Fax +49 7121 5316633 :: www.lib-hilfe.de :: info@lib-hilfe.de

Spendenkonto :: Flüchtlingskinder im Libanon e.V. :: Volksbank Reutlingen :: Kto. 6 337 007 :: BLZ 640 901 00

IBAN DE02 6409 0100 0006 3370 07 :: BIC VBRDE6R

...
rechtigkeit und Frieden im Nahen Osten keine Chance haben werden. Mit unserer Ausstellung wollen wir hierzu einen Beitrag leisten.

Diesem Anspruch wird die Ausstellung durch sachliche Darstellung der für das Verständnis notwendigen Fakten gerecht, ohne Bewertungen oder Schuldzuweisungen vorzunehmen. Dabei stützt sie sich auf Veröffentlichungen sowohl israelischer, als auch deutscher und palästinensischer Autoren und nennt die entsprechenden nachprüfbaren Quellen im dazugehörigen Ausstellungskatalog. Dass durch die Ausstellung die in der deutschen Öffentlichkeit verbreiteten und verinnerlichten Mythen um die Staatsgründung Israels wie

- „Ein Land ohne Volk für ein Volk ohne Land“,
- „der Unabhängigkeitskrieg Israels sei ein Kampf Davids gegen Goliath gewesen“ oder
- „die Palästinenser sind an ihrer Vertreibung selbst schuld, sie wären schließlich den Aufrufen der Führer ihrer arabischen Nachbarstaaten gefolgt, ihre Heimat zu verlassen und später mit den siegreichen arabischen Armeen zurückzukehren“

in einem neuen Licht erscheinen, ist unvermeidlich. Dass die Ausstellung die palästinensische Sichtweise in den Vordergrund stellt, ist ihre Absicht, bedeutet aber keine Geschichtsfälschung

Zum Vorwurf aus der Aktennotiz von Herrn Samuel:

...
„Nachdem Herr Szentei-Heise sich einen Überblick über den Inhalt verschafft hatte, merkte er an, dass aus seiner Sicht ein entscheidender Fakt in der Ausstellung fehle. Explizit gehe es um die Aussage, dass der junge Staat Israel unmittelbar nach seiner Gründung von den Armeen sechs arabischer Staaten angegriffen worden sei. In der Ausstellung könne der Eindruck entstehen, dass die Juden alleine für Elend und Vertreibung der Palästinenser verantwortlich wären.“

Diese Behauptung ist falsch. Herr Szentei-Heise hat offensichtlich nur bis zu Tafel 4 gelesen, Tafel 6 behandelt ausführlich den ersten israelisch-arabischen Krieg von 1948. Vermutlich ist ihm nicht bekannt, dass wesentliche Ereignisse bereits lange vor diesem Krieg stattfanden, nämlich zwischen der Verabschiedung der Teilungsresolution im November 1947 und der Ausrufung der Staates Israel bzw. dem Beginn des Krieges im Mai 1948. Diese entscheidende Phase wird auf den Tafeln 4 und 5 abgehandelt.

Das Vorgehen der Stadt Düsseldorf erscheint mir gesetzwidrig und willkürlich, da die Ausstellung nicht gegen Strafgesetze verstößt und von der Meinungsfreiheit getragen, wie das Frei-

Anschrift :: Flüchtlingskinder im Libanon e.V. :: Birnenweg 2 :: 72793 Pfullingen :: Tel +49 7121 78556

Fax +49 7121 5316633 :: www.lib-hilfe.de :: info@lib-hilfe.de

Spendenkonto :: Flüchtlingskinder im Libanon e.V. :: Volksbank Reutlingen :: Kto. 6 337 007 :: BLZ 640 901 00

IBAN DE02 6409 0100 0006 3370 07 :: BIC VBRTDE6R

burger Verwaltungsgericht in seinem Urteil vom 10.11.2010 festgestellt hat. Auch eine Störung der öffentlich Ordnung ist nicht zu erwarten gewesen. Die Ausstellung war bereits einige Tage ungestört in den VHS-Räumen zu sehen gewesen und auch in allen anderen bisherigen Ausstellungsorten gab es zwar Diskussion, aber keine gewalttätigen Auseinandersetzungen.

Es erscheint mir unerträglich, dass die politische Unabhängigkeit städtischer Bildungseinrichtungen auf solche Art und Weise in Frage gestellt wird. Der Anspruch der Bürger auf vielseitige Information und auf freie Meinungsäußerung wird hier eklatant verletzt.

Gez. Ingrid Rumpf, 1. Vorsitzende